

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gründerzeit

Was haben Lehman Brothers und Winfried Kretschmann miteinander zu tun? Die Bank steht für den Beginn einer Krise, der neue baden-württembergische Ministerpräsident hingegen für die Folgerungen, die in Deutschland allmählich daraus gezogen werden. In seiner Regierungserklärung hat Kretschmann mit einem Schlagwort deutlich gemacht, dass es ihm und seiner Anhängerschaft um viel mehr geht als lediglich um den Ausstieg aus der Kernenergie. Mag Letzteres den parteiungebundenen Wählern Grund genug sein, in der Folge von Fukushima für die Grünen zu stimmen, so lautet deren eigentliches, in Stuttgart nunmehr regierungsamtliches Projekt „Neue Gründerzeit“. Das Adjektiv „neu“ besagt, dass es nicht um die Gründung schlechthin geht, sondern um eine Anknüpfung an die Gründerzeit des 19. Jahrhunderts. Damals wurden unzählige privatwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen und nebenbei – ebenfalls zahllose – Gemeinschaftsaufgaben gemeinwirtschaftlich gelöst. Hört man, welche neuen Töne aus der OECD kommen, dann erscheint Kretschmann als die Vorhut einer neuen Grundeinstellung. G.H.

Auftritte

Der Auftritt im Kapitol war ein Heimspiel für Israels Regierungschef Netanjahu. Größer hätte die Zustimmung kaum sein können; im Kongress hat Israel einen entschiedenen Verteidiger seiner Interessen, komme,

Ein früherer EU-Kommissar sagte neulich in Berlin, er träume von dem Tag, an dem Deutschland seine Führungsrolle in Europa auch innenpolitisch stärker wahrnehme: dass also die Bundesregierung nicht auf die missvergnügte Stimme eines aufgebracht Volkes höre, sondern den Deutschen erkläre, dass es auch um deutsche Interessen bei der Kredithilfe für hochverschuldete Euro-Länder gehe und eben nicht um eine europäische Form von Caritas. Keinen Zweifel hat der ehemalige Brüsseler Spitzenbeamte, der noch heute großes Ansehen in Europa und, was nicht so oft vorkommt, in Amerika genießt, an der Notwendigkeit deutscher Führung; was ihm missfällt, ist eine Politik, die sich (angeblich) von Ressentiments treiben lässt oder diese gar noch anfasst.

Tatsächlich hatte wenige Tage zuvor die Bundeskanzlerin Merkel vor CDU-Publikum die Griechen ermahnt, so lange zu arbeiten wie die Deutschen und ihre Rentenpolitik und ihre Urlaubsregelungen entsprechend anzupassen. Derlei „Ermunterung“, sich gefälligst am deutschen Modell zu orientieren, war ganz nach dem Geschmack der Zuhörer und dürfte, so steht zu vermuten, auch bei der großen Mehrheit der Deutschen auf große Zustimmung stoßen. Womit ein Kerndissens und der Gegensatz in den Erwartungen klar benannt sind: Die Mehrheit der Deutschen sieht es nach wie vor nicht ein, einem hochverschuldeten Land wie Griechenland, das jahrelang über seine Verhältnisse gelebt und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft mehr oder weniger systematisch ruiniert hat, aus der Patzschke zu helfen. Viele EU-Partner erwar-

ten dagegen genau das von Deutschland – um die Währungsunion zu verteidigen, aus Eigeninteresse wegen der Exponiertheit der eigenen Banken, aus Solidarität, um generell die EU aus der Gefahrenzone zu nehmen.

Aber aus dieser Gefahrenzone wird die EU so bald nicht herausfinden. Und das hängt zum einen mit den Giftpfeilen zusammen, die zwischen dem Norden und dem Süden der Union hin und her geschossen werden. Griechen (und andere)

Die vorhandenen Optionen sind allesamt nicht attraktiv. Der Ernst der Lage ist manchen nicht klar.

nehmen es den Deutschen (und anderen, aber besonders den Deutschen) übel, dass sie zu einem strengen Sparkurs und zu noch viel mehr verdonnert worden sind; Deutsche (und andere) empören sich darüber, dass sie für den fortgesetzten staatlichen Schlendrian und die Reformverweigerung anderer aufkommen sollen, obwohl doch die Haftung für die Schulden Dritter in den Verträgen der Europäischen Union ausdrücklich ausgeschlossen worden ist. So viel gegenseitigen Verdross – wer ist hier eigentlich der „Schuldige“, wer ist nicht solidarisch? – gab es lange nicht.

Der andere Grund, warum im europäischen Binnenverhältnis keine Ruhe einkehrt, liegt in den Optionen begründet, die zumindest theoretisch in Frage kom-

men, um der Krise Herr zu werden: Die Optionen, die allesamt nicht attraktiv sind, reichen von der Verlängerung des Rettungsschirms auf der einen bis zur Umschuldung und zum Verlassen der Euro-Zone auf der anderen Seite. Diese extreme Option wird freilich weithin ausgeschlossen, weil man in diesem Fall Chaos und eine Verschärfung der Krise nicht ausschließen kann, von den integrationspolitischen Folgen zu schweigen. In der Praxis, auf die sich die Euro-Länder offenbar weitgehend geeinigt haben, läuft es auf eine Kombination hinaus. Diese Kombination austeritätspolitik und einer Reformpolitik, welche Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schuldnerländer erhöhen soll, und andererseits aus einem dauerhaften Mechanismus, über den Finanztransfers aus den Geberländern abgewickelt werden, dem Europäischen Stabilitäts-Mechanismus, der 2013 zur festen Einrichtung werden soll.

Auch ein solcher „Handel“ hat neben den sachlichen Bedenken und Einwänden seine politischen Tücken. Den Regierungen der überschuldeten Länder steht das Wasser bis zum Hals; teilweise haben ihre Bevölkerungen den Ernst der Lage nicht begriffen, teilweise reagieren sie militant und suchen sich dem Unvermeidlichen – faktische Einkommensverluste auf Jahre hinaus – zu entziehen.

Den Regierungen jener Länder dagegen, welche die Rettungsschirme aufspannen, fällt es immer schwerer, ihre Bürger vom Sinn und Zweck der Sache, von Krediten, Bürgschaften und Garantien, zu überzeugen und auch in den Parlamenten klare Mehrheiten zu finden. Schon be-

ginnt sich der Unmut der Bürger in Westeuropa auszudrücken; und die von Staatsschuldenkrise genährten Zweifel an der Stabilität des Euro weiten sich zu einem Verlust an Vertrauen in die EU generell aus. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung hat den Direktor des „Centre for European Policy Studies“ in Brüssel, Daniel Gros, mit folgender Einschätzung zitiert: „Wenn Griechenland weiter am EU-Tropf hängt, sind die politischen Kosten für ganz Europa einfach zu hoch.“ Um einen „Backlash“ zu vermeiden, plädiert Gros deshalb für eine Umschuldung. Und selbst der Vorsitzende der Euro-Gruppe, der luxemburgische Ministerpräsident Juncker, hat jetzt die griechischen Regierung, der schon der Reformeifer abhandenzukommen schien, mit dem Hinweis unter Druck gesetzt, die EU sei langsam mit ihrer Geduld am Ende. Mit der Geduld am Ende sind vor allem die Wähler – wobei wir wieder bei der Führungsfrage wären.

Die EU im Allgemeinen und die Währungsunion im Besonderen seien Solidaritätsgemeinschaften, wird immer wieder gesagt. Was aber heißt das konkret? Die Erfahrung sagt: Am Ende werden die Länder, die in Sichtweite zum Staatsbankrott stehen, eben „herausgehauen“, koste es, was es wolle. Schließlich beteuern auch deutsche Politiker, wie wichtig Euro und Währungsunion für Deutschland seien, politisch und wirtschaftlich. Das ist eine Versicherung an Griechenland, Portugal und andere Länder. Aber die Wähler in Deutschland und anderswo sind immer weniger geneigt, die Police dafür zu tragen. Ob das nun Populismus ist oder etwas anderes – der Missmut nimmt zu.